

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **A**

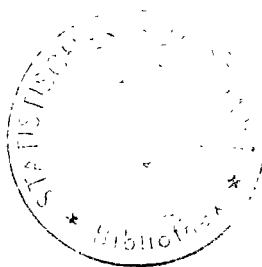
BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 1

Gebiet und Bevölkerung

V. Staatsangehörigkeit

1971



Bestellnummer: 200150 — 71

VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	3
Tabellenteil	
1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen sowie Staatsange- hörigkeitsurkunden für Deutsche 1971 nach Ländern	7
2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1971 nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern	7
3. Eingebürgerte Personen 1971 nach Rechtsgrund und Ländern	8
4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des 2. und 3. StaRegG 1971 nach Ländern	10

Erschienen im Mai 1973

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis DM 1,-

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik für das Jahr 1971. Die Übersichten sind aufgrund der Erhebungen der Innenminister und -senatoren der Länder und des Bundesverwaltungsamtes zusammengestellt worden.

In den Tabellen 1, 3 und 4 werden die Personen nachgewiesen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung erworben haben. Im Berichtsjahr 1971 erfolgten die Einbürgerungen überwiegend aufgrund einer der drei nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Bestimmungen:

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913
(RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8.9.1969
(BGBI. I S. 1581)

§ 8

Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist¹⁾, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er

1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig sein würde oder der Antrag in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 2 Satz 2 von seinem gesetzlichen Vertreter oder mit dessen Zustimmung gestellt wird,
2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,
3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und
4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

Vor der Einbürgerung ist über die Erfordernisse unter Nr. 2 bis 4 die Gemeinde des Niederlassungsortes und, sofern dieser keinen selbständigen Armenverband²⁾ bildet, auch der Armenverband²⁾ zu hören.

1) Hinsichtlich der Zuständigkeit der Einbürgerungsbehörden siehe §§ 17 und 27 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22.2.1955.-
2) Jetzt "Träger der Sozialhilfe" gemäß Bundessozialhilfegesetz vom 30.6.1961 i.d.F. vom 18.9.1969.

§ 9

(1) Ehegatten Deutscher sollen unter den Voraussetzungen des § 8 eingebürgert werden, wenn

1. sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit verlieren oder aufgeben und
2. gewährleistet ist, daß sie sich in die deutschen Lebensverhältnisse einordnen,

es sei denn, daß der Einbürgerung erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere solche der äußeren oder inneren Sicherheit sowie der zwischenstaatlichen Beziehungen entgegenstehen.

(2) Die Regelung des Absatzes 1 gilt auch, wenn die Einbürgerung bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode des deutschen Ehegatten oder nach Rechtskraft des die Ehe auflösenden Urteils beantragt wird und dem Antragsteller die Sorge für die Person eines Kindes aus der Ehe zusteht, das bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(3) Minderjährige stehen Volljährigen gleich.

Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StaRegG)
vom 22. Februar 1955 (BGBl. I. S. 65)

§ 6

(1) Wer aufgrund des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, muß auf seinen Antrag eingebürgert werden, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet.

(2) Mit der Unanfechtbarkeit des die Einbürgerung ablehnden Bescheides verliert der Antragsteller die Rechtsstellung eines Deutschen.

§ 6 Abs. 1 RuStAG i.d.F. des Artikels I des Dritten Gesetzes zur
Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit - Dritten StaRegG -
vom 19. August 1957 (BGBl. I S. 1251)

"Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schuldlosen Scheidung zu".

Durch das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1581), das am 1. Januar 1970 in Kraft getreten ist, sind § 6 RuStAG und das Dritte StaRegG vom 19. August 1957 aufgehoben worden ²⁾.

Bei den Einbürgerungen wird bzw. wurde ferner unterschieden nach:

1. Einbürgerungen aufgrund des § 13 RuStAG

Diese Vorschrift regelt die Wiedereinbürgerung von nicht im Inland lebenden ehemaligen Deutschen oder ihren Abkömmlingen

2. Einbürgerungen aufgrund der §§ 8, 9 und 11 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Nach diesen Bestimmungen können bzw. müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten Voraussetzungen eingebürgert werden

3. Einbürgerungen aufgrund von § 12 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Einen Anspruch auf Einbürgerung hatten früher deutsche Staatsangehörige, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten haben. Bis zum 31. 12. 1970 stand auch den Abkömmlingen dieser Personen ein solcher Anspruch zu.

4. Einbürgerungen aufgrund von Artikel II Abs. 1 des Dritten StaRegG vom 19. August 1957

Diese Vorschrift gewährte einer Ausländerin, die zwischen dem 1. April 1953 und dem 24. August 1957 mit einem Deutschen die Ehe geschlossen hatte, einen Anspruch auf Einbürgerung; sie ist am 1.1.1970 außer Kraft getreten ²⁾.

5. Einbürgerungen aufgrund von Artikel 116 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)

2) In den meisten Ländern konnten die bis zum 31.12.1969 gestellten Einbürgerungsanträge erst im Laufe des Jahres 1971 bearbeitet werden. Das erklärt den entsprechenden Nachweis in Tabelle 3 für das Berichtsjahr 1971 trotz Außerkrafttretens des Dritten StaRegG am 1.1.1970.

Die Vorschrift besagt, daß frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag wieder einzubürgern sind.

6. Einbürgerungen aufgrund von § 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942 (RGBl. I S. 40)

Nach dieser Vorschrift kann ein Ausländer auch ohne Begründung einer Niederlassung im Inland eingebürgert werden.

Durch Erklärung wurde die deutsche Staatsangehörigkeit im Berichtsjahr 1970 fast ausschließlich aufgrund der Vorschrift des § 6 Abs. 2 RuStAG i.d.F. des Artikel I des Dritten StaRegG vom 19. August 1957 erworben. Nach dieser Bestimmung, die ebenso wie das Dritte StaRegG am 1.1.1970 außer Kraft getreten ist, konnte eine Ausländerin oder Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 GG) die deutsche Staatsangehörigkeit auch dadurch erwerben, daß sie bei der Eheschließung zu Protokoll des deutschen Standesbeamten erklärte, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen ³⁾.

Das Zweite StaRegG vom 17. Mai 1956 (BGBl. I S. 431) regelt die Staatsangehörigkeitsfragen, die sich aus dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 ergeben haben, und gewährt bestimmten Personen das Recht auf rückwirkenden Erwerb bzw. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung.

3) In einigen Ländern konnten die bis zum 31.12.1969 abgegebenen Erklärungen auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erst im Laufe der Jahre 1970 und 1971 bearbeitet werden. Das erklärt den entsprechenden Nachweis in Tabelle 4 für das Berichtsjahr 1971 trotz Außerkrafttretens des Dritten StaRegG am 1.1.1970.

1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen
sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1971 nach Ländern

Bearbeitende Dienststelle	Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch				Staatsangehörigkeits- urkunden für Deutsche	
	Einbürgerungen		Erklärungen		ins- gesamt	darunter Staatsange- hörig- keits- ausweise
	ins- gesamt	darunter ausgestellte Einbürge- rungs- urkunden	ins- gesamt	darunter erteilte Ur- kunden über Erwerb oder Fortbestand		
Innenminister bzw. -senator des Landes, Bundesverwaltungsamt						
Schleswig-Holstein	233	127	-	-	1 731	1 499
Hamburg	690	546	-	-	2 973	2 162
Niedersachsen	1 046	805	-	-	3 328	2 865
Bremen	150	95	-	-	363	285
Nordrhein-Westfalen	2 744	1 940	-	-	7 235	5 671
Hessen	1 663	920	-	-	3 358	2 748
Rheinland-Pfalz	805	458	-	-	3 483	3 221
Baden-Württemberg	6 529	3 594	17	8	90 583	86 479
Bayern	3 829	2 566	13	13	144 469	140 981
Saarland	302	302	-	-	1 696	1 562
Berlin (West)	682	597	6	6	2 018	1 566
Bundesverwaltungsamt	241	183	2	-	1 861	-
Insgesamt	18 914	12 133	38	27	263 098	249 039

2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1971 nach neuen
Heimatstaaten sowie nach Ländern

Neuer Heimatstaat	Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen												
	ins- gesamt	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land	Ber- lin (West)	durch Bundes- verwal- tungsamt
Belgien	95	4	1	7	1	18	1	3	5	5	-	5	45
Frankreich	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-
Großbrit. u. Nordirl.	4	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	2	-
Italien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Luxemburg	37	1	-	1	-	8	1	16	1	-	5	1	3
Niederlande	4	-	-	3	-	-	-	-	1	-	-	-	-
Österreich	3	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	1	-
Polen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schweiz	7	-	1	-	-	1	-	1	2	-	-	1	1
Ungarn	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Kanada	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Vereinigte Staaten von Amerika	2	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Staatenlos	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Ungeklärt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige	12	-	2	-	-	2	1	-	2	2	-	1	2
Insgesamt	169	6	4	12	1	30	7	21	11	7	6	13	51

3. Eingebürgerte Personen 1971

Personen- gruppe 1)	ins- gesamt	Einbürgerung und zwar auf Grund										
		§ 8	§ 9	§ 13	§ 1 der VO vom 20.1.42 -RGBl. I S. 40-	Art. 116 Abs. 2 Satz GG	§ 6	§ 8	Abs. 1	Abs. 2	§ 11	
		RuStAG					des (1.) StaRegG vom					
		1	2	3			4	5	6	7	8	9
Schleswig-												
Männer	83	38	37	-	-	-	8	-	-	-	-	
Frauen	48	31	9	1	-	-	7	-	-	-	-	
Jugendliche	8	-	-	-	-	-	8	-	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	94	94	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zusammen	233	163	46	1	-	-	23	-	-	-	-	
Ham-												
Männer	240	97	45	2	-	9	78	3	-	2	-	
Frauen	203	76	4	5	1	9	92	7	1	1	-	
Jugendliche	80	-	-	-	-	-	75	2	-	1	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	167	164	-	-	-	3	-	-	-	-	-	
Zusammen	690	337	49	7	1	21	245	12	1	4	-	
Nieder-												
Männer	366	159	93	-	1	12	97	3	-	1	-	
Frauen	239	120	8	3	-	12	90	4	-	-	-	
Jugendliche	105	-	-	-	-	-	104	1	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	336	333	1	1	-	1	-	-	-	-	-	
Zusammen	1 046	612	102	4	1	25	291	8	-	1	-	
Bre-												
Männer	63	29	25	-	-	-	9	-	-	-	-	
Frauen	34	19	4	2	-	1	8	-	-	-	-	
Jugendliche	4	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	49	49	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zusammen	150	97	29	2	-	1	21	-	-	-	-	
Nordrhein-												
Männer	985	318	178	2	-	34	444	2	-	-	-	
Frauen	708	205	16	7	1	18	454	1	-	-	-	
Jugendliche	399	-	-	-	-	-	392	1	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	652	604	36	-	-	12	-	-	-	-	-	
Zusammen	2 744	1 127	230	9	1	64	1 290	4	-	-	-	
Hes-												
Männer	691	200	121	1	2	36	314	1	4	-	-	
Frauen	465	103	21	2	-	23	303	-	1	-	-	
Jugendliche	105	-	-	-	-	-	109	-	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	402	383	-	2	2	15	-	-	-	-	-	
Zusammen	1 663	686	142	5	4	74	720	1	5	-	-	
Rheinland-												
Männer	299	85	86	-	-	10	111	2	-	-	-	
Frauen	192	53	21	3	-	13	98	1	-	-	-	
Jugendliche	89	-	-	-	-	-	85	3	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	225	223	-	-	-	2	-	-	-	-	-	
Zusammen	805	361	107	3	-	25	294	6	-	-	-	
Baden-												
Männer	2 449	346	373	3	1	19	1 674	22	1	1	-	
Frauen	1 719	255	46	4	-	10	1 381	16	-	1	-	
Jugendliche	1 367	-	-	-	-	-	1 350	14	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	994	635	347	-	-	12	-	-	-	-	-	
Zusammen	6 529	1 236	766	7	1	41	4 405	52	1	2	-	
Bay-												
Männer	1 380	229	292	5	-	12	823	7	6	-	-	
Frauen	1 110	167	54	182	-	11	671	8	6	-	-	
Jugendliche	684	-	-	-	-	-	680	4	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	655	584	60	-	-	7	-	-	4	-	-	
Zusammen	3 829	980	406	187	-	30	2 174	19	16	-	-	
Saar-												
Männer	99	33	39	-	-	1	25	-	-	1	-	
Frauen	78	33	5	1	-	1	36	-	-	-	-	
Jugendliche	20	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	105	104	-	-	-	1	-	-	-	-	-	
Zusammen	302	170	44	1	-	3	81	-	-	1	-	
Berlin												
Männer	314	104	65	2	-	74	44	-	-	-	-	
Frauen	174	50	11	9	-	51	41	-	-	-	-	
Jugendliche	28	-	-	-	-	-	22	-	-	-	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	166	125	11	5	-	25	-	-	-	-	-	
Zusammen	682	279	87	16	-	150	107	-	-	-	-	
Bundesver-												
Männer	88	-	-	1	4	49	-	-	7	17	-	
Frauen	120	-	-	5	15	50	-	-	8	10	-	
Jugendliche	9	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	24	-	-	-	2	20	-	-	2	-	-	
Zusammen	241	-	-	6	21	119	-	-	17	34	-	
Insges-												
Männer	7 057	1 638	1 354	16	8	256	3 627	40	18	22	-	
Frauen	5 090	1 112	199	224	17	199	3 181	37	16	12	-	
Jugendliche	2 898	-	-	-	-	-	2 843	25	-	8	-	
Jugendl.u.Heranzwachs.	3 869	3 298	455	8	4	98	-	-	6	-	-	
Insgesamt	18 914	6 048	2 008	248	29	553	9 651	102	40	42	-	

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranzwachsene solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.- 2) I.d.F. des Art. III des 3. StaRegG v. 19.8.1957.- 3) Vgl. Vorbemerkung, Fußnote 2), Seite 5.

nach Rechtsgrund und Landern*)

rungen von			Von den Einbürge- rungen waren:		Von den Eingebürgerten waren:			Personen- gruppe 1)
§ 12 ²⁾	§ 6 Abs. 1 RuStAG (i.d.F.d. Art. I des 3. StaRegG ³⁾)	Art. II Abs. 1 des 3. StaRegG ³⁾)	Ermessens- / Anspruchs- einbürgerungen		frühere deutsche Staats- ange- hörige	heimatlose Ausländer (Ges. v. 25.4.1951- BGBl. I S. 269)	ausländische Flüchtlinge nach dem Abkommen vom 28.7.1951- BGBl. II/53 S. 559 -	
22.2.1955			Spalten 2,3,4,5 und 9	Spalten 6-8 und 10 - 14				
12	13	14	15	16	17	18	19	
Holstein								
-	-	-	75	8	5	15	9	Männer
-	-	-	41	7	23	10	1	Frauen
-	-	-	-	8	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	94	-	-	6	10	Jugendl.u.Heranwachs.
-	-	-	210	23	28	31	20	Zusammen
burg								
4	-	-	144	96	35	26	2	Männer
5	2	-	87	116	56	26	-	Frauen
2	-	-	-	80	1	-	-	Jugendliche
-	-	-	164	3	1	23	2	Jugendl.u.Heranwachs.
11	2	-	395	295	93	75	4	Zusammen
sachsen								
-	-	-	253	113	17	41	14	Männer
2	-	-	131	108	35	12	5	Frauen
-	-	-	-	105	2	-	-	Jugendliche
-	-	-	335	1	-	8	2	Jugendl.u.Heranwachs.
2	-	-	719	327	54	61	21	Zusammen
men								
-	-	-	54	9	5	4	4	Männer
-	-	-	25	9	10	3	-	Frauen
-	-	-	-	4	9	-	-	Jugendliche
-	-	-	49	-	-	1	5	Jugendl.u.Heranwachs.
-	-	-	128	22	24	8	9	Zusammen
Westfalen								
7	-	-	498	487	73	53	50	Männer
2	4	-	229	479	108	30	16	Frauen
6	-	-	-	399	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	640	12	-	42	27	Jugendl.u.Heranwachs.
15	4	-	1 367	1 377	181	125	93	Zusammen
sen								
12	-	-	328	363	48	61	84	Männer
7	5	-	127	338	57	28	35	Frauen
2	-	-	-	105	2	-	-	Jugendliche
-	-	-	387	15	12	68	94	Jugendl.u.Heranwachs.
21	5	-	842	821	119	157	213	Zusammen
Pfalz								
5	-	-	171	128	15	9	17	Männer
3	-	-	77	115	26	18	19	Frauen
1	-	-	-	89	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	223	2	5	24	21	Jugendl.u.Heranwachs.
9	-	-	471	334	46	51	57	Zusammen
Württemberg								
9	-	-	724	1 725	47	71	49	Männer
4	2	-	305	1 414	100	35	10	Frauen
3	-	-	-	1 367	6	-	-	Jugendliche
-	-	-	982	12	2	54	50	Jugendl. u.Heranwachs.
16	2	-	2 011	4 518	155	160	109	Zusammen
ern								
6	-	-	532	848	45	82	43	Männer
4	7	-	409	701	247	42	9	Frauen
-	-	-	-	684	3	-	-	Jugendliche
-	-	-	648	7	13	40	30	Jugendl.u.Heranwachs.
10	7	-	1 589	2 240	308	164	82	Zusammen
land								
-	-	-	72	27	6	-	5	Männer
2	-	-	39	39	18	-	1	Frauen
-	-	-	-	20	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	104	1	1	-	6	Jugendl.u.Heranwachs.
2	-	-	215	87	25	-	12	Zusammen
(West)								
25	-	-	171	143	89	11	5	Männer
12	-	-	70	104	79	-	-	Frauen
6	-	-	-	28	3	-	-	Jugendliche
-	-	-	141	25	-	-	-	Jugendl.u.Heranwachs.
43	-	-	382	300	171	11	5	Zusammen
waltungsamt								
10	-	-	12	76	50	-	-	Männer
5	25	2	28	92	51	-	-	Frauen
2	-	-	-	9	-	-	-	Jugendliche
-	-	-	4	20	-	-	-	Jugendl.u.Heranwachs.
17	25	2	44	197	101	-	-	Zusammen
samt								
78	-	-	3 034	4 023	435	373	282	Männer
46	45	2	1 568	3 522	810	204	96	Frauen
22	-	-	-	2 898	26	-	-	Jugendliche
-	-	-	3 771	98	34	266	247	Jugendl.u.Heranwachs.
146	45	2	8 373	10 541	1 305	843	625	Insgesamt

4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen
auf Grund des 2. und 3. StaRegG 1971 nach Ländern *)

Personengruppe ¹⁾	Erklärungen auf Grund			Erteilte Urkunden über den	
		von			
	des 2.StaRegG vom 17.5.1956	§ 6 Abs.2 RuStAG (i.d.F.des Art. I des 3. StaRegG) ²⁾	Art. II Abs. 2 des 3.2) StaRegG	Erwerb der deutschen Staatsan- gehörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand d.deutschen Staatsange- hörigkeit (§ 6)
				des 2. StaRegG	

Baden-Württemberg

Männer	6	-	-	5	1
Frauen	2	8	-	2	-
Jugendliche	1	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	9	8	-	7	1

Bayern

Männer	3	-	-	3	-
Frauen	6	-	-	6	-
Jugendliche	4	-	-	4	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	13	-	-	13	-

Berlin (West)

Männer	3	-	-	3	-
Frauen	2	-	-	2	-
Jugendliche	1	-	-	1	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	6	-	-	6	-

Bundesverwaltungsamt

Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	2	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	2	-	-	-

Insgesamt

Männer	12	-	-	11	1
Frauen	10	10	-	10	-
Jugendliche	6	-	-	5	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Insgesamt	28	10	-	26	1

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt; in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland keine Fälle.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranwachsende solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.- 2) Vgl. Vorbemerkung, Fußnote 3).